

Kurzprotokoll

Neue Vorstösse

Insgesamt drei neue Vorstösse werden anlässlich der Dezember-Session des Urner Landrats eingereicht: **Postulat** «Strategische Förderung von Open Source Software» (Kurt Gisler, CVP, Altdorf); **Parlamentarische Empfehlung** «Priorisierung der Veloverbindung Seedorf-Altendorf» (Andreas Bilger, CVP, Seedorf); **Parlamentarische Empfehlung** «Gewährleistung eines sicheren und intakten Urner Strassennetzes» (Elias Arnold, SVP, Altdorf).

Spitalkredit

Das Kantonsspital Uri erhält als Vergütung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen für das Jahr 2019 eine Abgeltung von 4,9 Millionen Franken. In der Jahrespauschale ist die Abgeltung der jeweils für das Vorjahr ermittelten ungedeckten Kosten für die universitäre Aus- und Weiterbildung von Assistenzärzten sowie Unterassistenten enthalten (1,277 Millionen Franken). Die Mitglieder des Urner Landrats heissen den Spitalkredit mit 58 Ja-Stimmen gut (1 Enthaltung).

Budget 2019

Der Landrat heisst das Kantonsbudget 2019 einstimmig gut (59 Voten). Bei einem Aufwand von 413,5 Millionen Franken und einem Ertrag von 409,3 Millionen Franken wird ein Defizit von 4,2 Millionen Franken ausgewiesen. Die Nettoinvestitionen liegen bei 49,1 Millionen Franken. Der Steuerfuss bleibt unverändert bei 100 Prozent.

Finanzplan 2019–2022

Das Kantonsparlament nimmt den Bericht zum Finanzplan für die Jahre 2019 bis 2022 einstimmig (58 Voten) «ohne Wertung» zur Kenntnis. Für die kommenden Jahre werden im Finanzplan Ergebnisse mit einem Defizit von bis zu 16,3 Millionen Franken erwartet. Das Nettovermögen des Kantons dürfte bis ins Jahr 2020 aufgebraucht sein.

Motion Böschchen

Mit 27 zu 31 Stimmen (1 Enthaltung) wird eine Motion von Georg Simmen (FDP, Realp) für eine lawinensichere Böschchen (Strasse zwischen Hospital und Realp) ein Projekt aus Aufforstung, Lawinerverbauungen und Sprenganlagen gefordert.

Verabschiedung

Landrätin Daniela Planzer (CVP, Schattdorf) wird aus ihrem Amt entlassen. Die Nachfolge soll Jonathan Wenger antreten.

Hinweis

Eucharistiefeyer in der Kirche des Klosters

Altendorf In der Kirche des ehemaligen Kapuzinerklosters und heutigen Kulturklosters Altendorf findet am kommenden Sonntag, 16. Dezember, von 17 bis 17.45 Uhr ein musikalischer Adventskalender mit Musik und Stille statt. Um 18 Uhr wird ein Abendgottesdienst gefeiert. Zur Eucharistiefeyer mit Bruder Remigi Odermatt sind alle recht herzlich eingeladen. (pa)

Werterhalt vor Ausbau stellen

Strassen Ein sicheres und intaktes Strassennetz soll Priorität haben, fordert der Altdorfer SVP-Landrat Elias Arnold. Zudem möchte er alle Jahre über den Rahmenkredit zum Unterhaltsprogramm befinden.

Bruno Arnold
bruno.arnold@urmerzeitung.ch

Der Altdorfer SVP-Landrat Elias Arnold möchte «die in Zukunft schwierige Situation im Strassenunterhalt meistern und die bauliche Sicherheit auf den Urner Strassen gezielt fördern». In einer gestern eingereichten parlamentarischen Empfehlung fordert er die Regierung auf, folgende Massnahmen zu treffen:

– Die Gewährleistung eines sicheren und intakten Urner Strassennetzes soll in Zukunft erste Priorität haben.

– Der Werterhalt eines Bauwerks soll dem Ausbau vorgezogen werden.

– Der Rahmenkredit zum vierjährigen Unterhaltsprogramm soll dem Landrat jährlich vorgelegt werden.

«Der bauliche Zustand der Urner Strassen weist vielerorts Mängel auf», betonte Arnold bei der Begründung seines Vorstosses. Neben Oberflächen- respektive Belagsschäden seien auch strukturelle Mängel festzustellen, welche die Tragfähigkeit und somit die sichere Befahrbarkeit einer Strasse beeinträchtigen würden.

Prioritäten wurden falsch gesetzt

Alle Sicherheitsmängel zeitgemäss zu beheben, stelle eine schwierige Aufgabe dar, vor allem für den finanzschwachen Kanton Uri, der die Verantwortung für ein Strassennetz von 153 Kilometern trage. «In letzter Zeit wurden die Prioritäten im Strassenbau und Strassenunter-



Der Kanton soll agieren statt reagieren, um über ein sicheres und intaktes Strassennetz zu verfügen. Bild: Corinne Glanzmann (Bristen, 11. April 2017)

halts falsch gesetzt», erklärte Arnold. «Umbauten wie die Spitalstrasse wurden als Prunkobjekte ausgeführt. Dabei gibt es viele Objekte wie Brücken, Stützmauern und Galerien, die massive strukturelle Schäden aufweisen, die unbedingt zu beheben sind.»

Der Kanton Uri soll die zur Verfügung stehenden Mittel angemessen und effizient nutzen und «nicht Beträge von Millionenhöhe in komfortrelevante Objekte investieren». Arnold erwähnte auch, dass die Handhabung mit dem vierjährigen Unter-

haltsprogramm im Urner Landrat mehrmals auf Unverständnis gestossen sei.

WOV führt zu Finanzengpässen

Und zu guter Letzt stehe nun noch der Bau der West-Ost-Verbindung (WOV) vor der Tür, die über das Unterhaltsprogramm finanziert werden solle. «Dies führt dazu, dass für den übrigen Strassenunterhalt in den nächsten Jahren weniger Geld zur Verfügung steht», monierte der SVP-Mann. Der jährliche Rahmenkre-

dit müsse transparent aufzeigen, welche Objekte bearbeitet werden sollen. «Durch einen jährlichen Kredit wird das Unterhaltsprogramm transparenter und vertrauenswürdig», zeigte sich der Altdorfer Landrat überzeugt. «Somit könnte man auch den Betrag erhöhen, da man weiss, für was das Geld eingesetzt wird.»

Jahresprogramm und Nachtragskredite

«Sicherheitsrelevante Projekte sollen frühzeitig und vertieft behandelt werden», fordert Arnold

in seinem Vorstoss. Durch Langzeiteinwirkung verursachte Schäden müssten nach Meinung des SVP-Vertreters über das Jahresprogramm finanziert werden. «Dies kann mit einer entsprechenden Bestandaufnahme, die es laut der Kleinen Anfrage von Landrat Ludwig Loretz bereits gibt, im Jahrestakt geplant werden», hielt Arnold fest.

Schäden durch ausserordentliche Ereignisse wie etwa Naturkatastrophen könnten wie bis anhin über Nachtragskredite finanziert werden.

Technische Probleme führen zu Wartezeiten

Skiarena Gestern musste man sich an der Talstation beim Gemsstock länger gedulden als gewöhnlich.

Der Mittwoch war ein wunderschöner Wintertag – auch im Ski-gebiet Andermatt-Sedrun. Die Pistenbedingungen waren perfekt, die Temperaturen mit –22 Grad Celsius frühmorgens eher kalt. Heiss zu und her ging es am Morgen bereits an der Talstation in Andermatt. Das Parkplatzangebot platze aus allen Nähten, wie ein Leser gegenüber unserer Zeitung festhielt. Autofahrer kamen nicht drum herum, lange Fusswege in Kauf zu nehmen.

Da das Skigebiet Nätischen noch geschlossen ist, drängelten sich Hunderte Wintersportler auf den Gemsstock, notabene für 10 Franken. Denn auf diesen Winter hin hat die Skiarena Andermatt flexible Preise eingeführt. Das bedeutet: Mittwochs kann man zehn Mal spottbillig die Skipiste hinunterfahren. «Ich musste an der Talstation über 90 Minuten anstehen», sagt der Leser.

Schon früher Probleme mit dem Swiss Pass

Die Probleme mit dem Swiss Pass und bei Ticketcorner gekauften Billets sind nicht neu, wie die «Luzerner Zeitung» vor zwei Jahren berichtete. In diversen Zentralschweizer Gebieten wurden Probleme mit dem Swiss Pass festgestellt, wenn dieser als Datenträger für die Skitageskarte verwendet wurde. (rem/pz)

Online-Tickets mussten umgetauscht werden

Die lange Wartezeit war aber nicht der einzige Ärger an diesem traumhaft schönen Wintertag. Wintersportler, die ihre Tickets über das Internet gekauft hatten,

Landrat gibt Okay fürs Sechseläuten

Budgetdebatte Der Urner Landrat sagte am Mittwoch Ja zum Budget 2019 und zum Verpflichtungskredit von 200 000 Franken für einen Urner Auftritt am Zürcher Sechseläuten. Keine Chance hatte hingegen eine von der SP beantragte Erhöhung der Prämienverbilligung.

Markus Zwysig
markus.zwysig@urmerzeitung.ch

In der landrätlichen Finanzkommission (Fiko) war bereits vor der Debatte am Mittwoch angeregt über den Verpflichtungskredit von 200 000 Franken für den Gastauftritt am Sechseläuten im Jahr 2020 in Zürich diskutiert worden. Eine Mehrheit der Kommission beantragte eine Streichung des Geldes, eine Minderheit wollte den Verpflichtungskredit beibehalten (siehe unsere Zeitung vom 21. November).

Ruedi Cathry (FDP, Schattdorf) sprach sich klar dafür aus, die Einladung der Zürcher Zünfte anzunehmen. «Kanton und Stadt Zürich unterstützen im Rahmen der sogenannten Lindenhilfe verschiedene Projekte und Vorhaben im Kanton Uri mit mehreren hunderttausend Franken jährlich», macht er klar. Uri profitiere beispielsweise durch den Lotterfonds seit Jahrzehnten von Zürich. **Karin Gaiser** (CVP, Erstfeld) machte auf die Werbewirkung für den Tourismus in Uri aufmerksam. Das «Naherholungsgebiet Uri» sei von Zürich aus in einer Stunde erreichbar. **Pascal Blöchlinger** (SVP, Altdorf) bedauerte, dass die Regierung nicht mehr Zahlen zum Urner Auftritt geliefert habe.

Die SVP spricht von «Grössenwahnvorstellung»

Hansueli Gisler (SVP, Bürglen) sprach bei den 200 000 Franken von einer «Grössenwahnvorstellung». Das gehe doch auch mit weniger Geld. Daher beantragte er, den Betrag auf 120 000 Franken zu senken. **Céline Huber** (CVP, Altdorf) bezeichnete diese Zahl als «willkürlich». Bedenke man, dass Uri rund alle zwanzig Jahre beim Sechseläuten als Gast angefragt werde, betrage der Beitrag noch 10 000 Franken pro Jahr. Für Landammann **Roger Nager** ist es eine «grosse Ehre», von Zünften Zürichs angefragt zu



2015 waren Wildheuer aus dem Schächental beim Sechseläuten mit dabei.

Bild: Walter Bieri/Keystone (Zürich, 13. April 2015)

werden. Nager sprach von einer Plattform und zeigte auf, dass rund die Hälfte der Kosten für den Gastauftritt am Lindenhof aufgewendet wird.

Schliesslich wurde das Geld wie beantragt gesprochen. Der Antrag der SVP unterlag in der Abstimmung mit 38 Ja zu 16 Nein (5 Enthaltungen). Keine Chance hatte auch die Finanzkommission mit ihrem Antrag, den Verpflichtungskredit fürs Sechseläuten zu streichen. Er unterlag gegen den SVP-Antrag mit 10 Ja zu 44 Nein (5 Enthaltungen).

Prämienverbilligungen: SP bleibt ohne Chancen

Sylvia Läubli (SP, Erstfeld) beantragte, den Beitrag des Kantons für die Prämienverbilligungen

von 700 000 Franken zu erhöhen. Der Antrag wurde jedoch mit 48 zu 11 Stimmen abgelehnt. Läubli hatte die Erhöhung mit der hohen Prämienlast für Haushalte mit tiefen bis mittleren Einkommen begründet. Diese müssen heute in Uri 13 Prozent des verfügbaren Einkommens aufwenden. Die SP Schweiz hat daher eine nationale Volksinitiative lanciert, welche die Prämienbelastung auf 10 Prozent des verfügbaren Einkommens begrenzt.

Beim Projekt «Polizei XXI», welches gemeinsam mit den anderen Zentralschweizer Kantonen durchgeführt wird, hatte sich die Finanzkommission für eine Streichung von 10 000 Franken ausgesprochen. Sicherheitsdirektor **Dimitri Moretti** erklärte dies-

bezüglich, dass die anfallenden Kosten abhängig davon seien, wie weit das Projekt vorankomme. «Es kann sein, dass Kosten anfallen, vielleicht aber auch nicht.» Der Antrag der Finanzkommission zur Streichung wurde mit 27 Ja zu 32 Nein-Stimmen abgelehnt.

Bei der Wildhut wird ein zusätzliches Kantonsfahrzeug angeschafft. Daher war die Finanzkommission mehrheitlich der Meinung, dass dies auch Auswirkung auf die Höhe der Reisekosten und Spesen haben sollte. Beantragt wurde daher eine Senkung um 10 000 Franken. Mit 20 Ja zu 39 Nein-Stimmen sprach sich der Landrat gegen eine Streichung aus. Nach längerer Debatte hiess der Landrat das

Kantonsbudget 2019 einstimmig gut. Bei einem Aufwand von 413,5 Millionen Franken und einem Ertrag von 409,3 Millionen Franken wird ein Defizit von 4,2 Millionen Franken ausgewiesen. Die Nettoinvestitionen liegen bei 49,1 Millionen Franken. Der Steuerfuss bleibt unverändert bei 100 Prozent.

Für die SVP blinken die Ampeln zurzeit orange

Ebenfalls ohne Gegenstimme nahm der Landrat den Finanzplan «ohne Wertung» zur Kenntnis. Für Fiko-Präsident **Daniel Furrer** (CVP, Erstfeld) zeigt dieser klar auf, dass spätestens 2021 tiefrote Zahlen zu erwarten seien. Hauptverantwortlich ist der sinkende Ressourcenausgleich: Ge-

mäss Prognose der Regierung sollen die Zahlungen von 63 Millionen auf 40 Millionen Franken sinken. «Die erwartete Zunahme beim Fiskalertrag kann dieses Minus bei einer prognostizierten Zunahme von 6,3 Millionen Franken bei weitem nicht ausgleichen», so Furrer. Bis 2022 sind Nettoinvestitionen von rund 220 Millionen Franken vorgesehen. «Das führt dazu, dass bis zum Plan-Ende Nettoschulden in dreistelliger Millionenhöhe resultieren.»

Für **Christian Schuler** (SVP, Erstfeld) «blinken die Ampeln im Bereich Finanzhaushalt aktuell orange». «Die Regierung ist nun gefordert, die entsprechenden Massnahmen einzuleiten, dass die Ampel nicht auf Rot springt.»

Ruedi Cathry (FDP, Schattdorf) sprach von einem «sehr herausfordernden Finanzplan». Für die FDP-Fraktion sei wichtig, dass im neuen Finanzplan keine Steuererhöhung vorgesehen sei. «Nur so wird Uri als Gebirgskanton auch künftig an weiterer Attraktivität gewinnen.»

Für **Bernhard Walker** (CVP, Isenthal) sind die Plan-Jahre 2019 und 2020 in Anbetracht der Finanzlage erträglich. Für die Jahre 2021 und 2022 seien aber Verbesserungen anzustreben.

Läubli: «Uri kann Verlust nicht ausgleichen»

Sylvia Läubli (SP, Erstfeld) findet die Entwicklung beim Finanzgleich bedenklich. Der Kanton Uri werde dafür bestraft, dass sich der Ressourcenindex erhöhe und Uri etwas mehr Steuerentnahmen generieren könne.

«Den voraussichtlichen Verlust von insgesamt über 26 Millionen Franken kann der Kanton Uri aber beim besten Willen nicht mit eigenen Bemühungen ausgleichen», so die Erstfelder SP-Vertreterin. Da bleibe nur zu hoffen, dass die tatsächlichen Zahlen in Zukunft besser aussehen als die Prognosen.

Kanton soll mit lizenzfreien Computerprogrammen Geld sparen

Postulat Landrat Kurt Gisler möchte, dass die Regierung die Chancen von sogenannten Open-Source-Programmen erkennt und diese fördert. Er sieht darin eine Möglichkeit, in Uri Arbeitsplätze zu schaffen und das Image des Kantons aufzubessern.

Wer kennt die Geschichte nicht, vom Buben, der einen Radio geschenkt erhält: Statt damit Musik zu hören, schraubt er den Apparat auf und tüfelt so lange an den Kabeln und Kondensatoren herum, bis er die ganze Technik versteht. Später baut er seine eigenen Geräte.

In der Welt der Computerprogramme heisst der geschenkte Radio «Open Source», was mit «offene Quelle» übersetzt werden kann. Der sogenannte Quellcode, also der Programmiercode, steht der ganzen Welt offen. Die Programme dürfen selber abgeändert werden. Weltweit arbeitet auf diese Weise eine riesige Gemeinschaft von Software-Tüftlern – auf dem Markt gefragte Leute – an neuen Programmen und verbessert bestehende laufend. Und: Im Gegensatz zu Produkten von Windows oder Apple ist Open-Source-Software in aller Regel kostenlos.

Landrat Kurt Gisler sieht in Open Source eine grosse Chance für den Kanton Uri. Mit einem Postulat verlangt er nun, dass die Regierung aufzeigt, wie dies gefördert werden kann. «Bei Open Source kann man Programme nach eigenen Wünschen verändern und ist dadurch unabhängig von Entwicklern», erklärt Gisler. Solche Dinge seien wichtig, wenn ein Anwender das Heft selber in die Hand nehmen wolle. Dies soll beim Kanton passieren. Gisler möchte die Förderung von Open Source in der IT-Strategie des Kantons verankern. Potenzial macht er in Schulen und bei der kantonalen Verwaltung aus.

Es geht auch ohne Strichcode-Scanner

«Ich will den Kantonsangestellten nicht Word und Excel wegnehmen», betont Gisler. Er denkt aber daran, grössere Systeme zu ersetzen, die im Hintergrund lau-

«Man muss Fachwissen strategisch aufbauen, um längerfristig Geld zu sparen.»



Kurt Gisler
CVP, Altdorf

fen. Dazu zählen etwa Datenbanken, deren Lizenzen oft grosse Summen verschlingen.

Gisler macht ein Beispiel, wie Open Source in der Praxis aussehen kann: «In einem Warenlager schafft man sich einen teuren Strichcode-Scanner an und zahlt jährlich für die Lizenz des Computerprogramms. Oder man kann den Strichcode mit einem Handy fotografieren, der von einem gratis Open-Source-Programm verarbeitet wird.»

Der Altdorfer Landrat verheimlicht nicht: «Die Umstellung kostet natürlich Geld.» Externe Firmen damit zu beauftragen, die kostengünstigere Variante einzuführen, wäre allerdings falsch. «Man muss Fachwissen strategisch aufbauen, um längerfristig Geld zu sparen», so Gisler. «Auf diese Weise könnten im Kanton Uri interessante Arbeitsplätze und das Image eines modernen Kantons geschaffen werden.»

Die Sensibilisierung dafür soll schon in der Schule beginnen. «Heute wird man von früh auf durch die Windows- und Apple-Produkte geprägt.» Dadurch würden sich viele nicht trauen, später etwas anderes auszuprobieren. «Es braucht etwas mehr Wissbegierde, um diesen Schritt zu gehen.»

Schule Sisikon arbeitet mit günstigem Lernstick

Bereit, den Schritt zu wagen, war die Schule Sisikon, wie Gisler als Beispiel heranzieht. Dort wird seit längerem ein Lernstick benutzt. Das Bahnbrechende daran: Dieser Stick läuft auf ausrangierten Computern von Firmen, die alle vier Jahre neue Geräte anschaffen. Um zu arbeiten, braucht es auf dem Computer nicht einmal eine Festplatte – das ganze Betriebssystem ist auf dem Stick vorhanden. So müssen die Computer nicht gewartet werden –

schlimmstenfalls wird der Stick ausgetauscht.

Stellt sich noch die Frage nach der Sicherheit – schliesslich sind die Systeme ja «offen für alle». Gelingt man so nicht viel einfacher an heikle Daten? «Das Gegenteil ist der Fall», betont Gisler. «Das Open-Source-Betriebssystem Linux wird viel weniger angegriffen. Viele benutzen nicht einmal ein Anti-Virus-Programm.» Durch die Offenlegung der Quell-Codes könne man heikle Komponenten erkennen, was bei den bezahlten Systemen nicht der Fall sei.

Ob Gislers Ideen Gehör finden, wird sich zeigen. «Der Einsatz von Open-Source-Software fördert die Wirtschaft, steigert die Qualität in der Bildung, vermindert die Abhängigkeit von konventionellen Software-Häusern und senkt langfristig die Kosten», schreibt er. «Die Politik muss da etwas antossen.» (zf)